

# Europa spricht deutsch

## Die wachsende Macht der Berliner Republik und ihre Tücken

*Gunther Hellmann*

*Die Krise der EU hat ein neues Licht auf die Rolle Deutschlands in Europa geworfen. Sie hat auch das neue „Selbstbewusstsein“ der Berliner Republik klarer denn je hervortreten lassen. In einem allzu machtbetonten deutschen Auftreten liegen allerdings auch beträchtliche Risiken.*

### **1. Einleitung**

Älteren Beobachtern deutscher Außenpolitik wird noch im Ohr klingen, mit welchen Versprechungen, ja Schwüren, die außenpolitische Klasse des vereinigten Deutschland im Jahr 1990 aufwartete. Landein und landaus wurde Thomas Mann zitiert. Man wolle ein „europäisches Deutschland“ und nicht ein „deutsches Europa“. Spätestens im Herbst 2011 kamen jedoch neue Töne auf, die mit dem früheren Mann-Mantra nicht mehr so leicht übereinstimmten. Im Blick auf die Krisenpolitik in der EU registrierte der Fraktionsvorsitzende von CDU / CSU im Bundestag, Volker Kauder, auf dem Parteitag der CDU in Leipzig mit gewissem Stolz, dass „in Europa“ nunmehr „deutsch gesprochen“ werde. Wer das Originalzitat nicht dem deutschen Echo<sup>1</sup> britischer Blätter,<sup>2</sup> sondern dem Redemanuskript Kauders entnahm, fand darin zwar wenig von den hier und da insinuierten neu-deutschen Hegemonialambitionen, wohl aber die Artikulation eines neuen deutschen Gestaltungsanspruches in europäischen Dingen, der mit früheren Aussagen, wie sie etwa Hans-Dietrich Genscher im Kontext der deutschen Vereinigung ständig wiederholte,<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Jahn, Frank: Britische Empörung über Kauder: Europa spricht Deutsch? No way!, in: tagesschau.de, 16.11.2011, <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzsteuer106.html>, Stand: 2.5.2012.

<sup>2</sup> Chapman, James: Europe speaks German now! Controversial claim from Merkel ally that EU countries all follow Berlin's lead – and Britain should fall into line, in: Daily Mail, 16.11.2011, <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2062015/Eurozone-crisis-Merkel-ally-says-UK-fall-line-oppose-Tobin-tax.html>, Stand: 2.5.2012.

<sup>3</sup> Im Herbst 1990 etwa versicherte Hans-Dietrich Genscher, dass Deutschland mit seinem größten Gewicht in der Folge der deutschen Vereinigung „nicht nach mehr Macht“ strebe, sondern sich „der größeren Verantwortung bewusst [ist], die daraus erwächst“. Genscher, Hans-Dietrich: Erklärung der Bundesregierung zum Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland durch den Bundesminister des Auswärtigen, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/226, 20.9.1990, 17803B-17807D, hier 17804C.

markant kontrastierte.<sup>4</sup> Ziel dieses Beitrags ist es, eine Beschreibung in Schlaglichtern auf das anzubieten, was im außenpolitischen Strategie-Jargon in den Begriffen der „Lage“ (in der sich deutsche Außenpolitik derzeit findet) und der Perspektiven umschrieben wird. Dabei wird sich zeigen, dass Kauder nicht nur hinsichtlich deutscher Selbstbeschreibungen einen Treffer gelandet hatte, sondern auch in den vielfachen Wahrnehmungen seiner kolportierten Aussage ein empfindlicher Nerv aktueller Politik in Europa getroffen wurde.

## 2. Die Lage

Es ist mittlerweile ein Gemeinplatz, dass sich in der Folge der deutschen Vereinigung und des Endes des Ost-West-Konflikts Deutschlands Lage in Europa und der Welt fundamental verändert hat. Im Rückblick wirkt diese Veränderung sogar noch tiefgreifender als aus der Perspektive der Zeitgenossen im Jahr 1990. Denn Deutschland fand sich nach der Vereinigung nicht nur in einem radikal veränderten Umfeld wieder, sondern es sah sich auch mit der Herausforderung konfrontiert, seine Außenpolitik in gewisser Weise völlig neu zu erfinden. Mit der Vereinigung hatte die deutsche Außenpolitik alle wichtigen Ziele erreicht. „Einheit in Frieden und Freiheit“ – jene alte Formel, in der die Ziele Bonner Außenpolitik zusammengefasst wurden, war im Oktober 1990 in allen drei Dimensionen gesichert. Der Auftrag des Grundgesetzes, die Einheit Deutschlands anzustreben, war erledigt – und es war zudem gelungen, diese Einheit unter Fortbestand der Ordnung des Grundgesetzes und mit Zustimmung aller Nachbarn zu verwirklichen. Diese historisch einzigartige und beneidenswerte Lage zeitigte allerdings höchst widersprüchliche Folgen, die bis heute nachwirken.

1. Deutschland war einerseits größer geworden: Es war zur Gewährleistung seiner Sicherheit von seinen bisherigen Verbündeten weit weniger abhängig und es verlor zudem mit der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes die wichtigste Quelle der Bedrohung dieser Sicherheit – kurz: es war (in traditionellen Kategorien gemessen) mächtiger geworden. Andererseits begann mit der Vereinigung aber auch ein Prozess, der Deutschland zunächst in doppelter Hinsicht schwächte: Zum einen verschlang der „Aufbau Ost“ Jahr um Jahr hunderte Milliarden D-Mark bzw. Euro, ohne dass sich jene Erfolge („blühende Landschaften“) einstellten,

---

<sup>4</sup> Kauder, Volker: Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesparteitag der CDU, Leipzig 13.-15.11.2011, <http://www.leipzig2011.cdu.de/images/stories/docs/111115-bericht-kauder.pdf>, Stand: 2.5.2012, S. 2. Im Zusammenhang liest sich die Aussage laut Redemanuskript wie folgt: „Es kann nicht sein, dass einige so leben, wie sie es für richtig halten, und sich darauf verlassen, dass andere, die hart arbeiten, die Konsequenzen dafür übernehmen. Deswegen war unser Satz: Wir sind solidarisch, aber nur bei Gegenleistungen. Es muss sich etwas ändern in Europa. Was sehen wir jetzt, wenige Monate danach? Auf einmal wird in Europa deutsch gesprochen, nicht hinsichtlich der Sprache, aber hinsichtlich der Akzeptanz der Instrumente, für die Angela Merkel so lange und dann erfolgreich gekämpft hat.“

die die politische Klasse versprochen hatte.<sup>5</sup> Zweitens wurde Deutschland – gerade weil die „deutsche Frage“ friedlich und im Konsens mit allen Betroffenen endgültig beantwortet werden konnte – aus dem Zentrum der Weltpolitik in eine Randlage abgedrängt. Nichts schien forthin absurder als das, was bis weit in die 1980er-Jahre hinein immer der Ernstfall war: ein neuer (diesmal womöglich nuklearer) Weltkrieg an der Schnittstelle zwischen Ost und West. Kurzum, Deutschland befand sich bis ins neue Jahrtausend hinein in einer paradoxen Lage: versöhnt mit allen seinen Nachbarn und augenscheinlich mächtiger als jemals zuvor, zugleich aber auch weltpolitisch marginalisierter und ökonomisch geschwächt. Erst in den letzten Jahren haben sich zwei Parameter verändert, die die machtpolitische Position Deutschlands auch in einer breiteren Wahrnehmung als diejenige einer „Zentralmacht Europas“ erscheinen ließen – einer Beschreibung, der sich Hans Peter Schwarz bereits in den 1990er-Jahren bediente,<sup>6</sup> von der er sich nach der Jahrtausendwende aber zunächst wieder distanzierte.<sup>7</sup> Zu diesen beiden Veränderungen zählen die Verbesserung der ökonomischen Lage im Innern bei gleichzeitiger (relativer) Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in den EU-Partnerstaaten einerseits und die zunehmend dominante Rolle Deutschlands in der europäischen Staatsschuldenkrise nach 2009 andererseits.

2. Wie sehr sich diese Ausgangslage machtpolitisch inzwischen zugunsten Deutschlands verändert hat, wird an der Verschiebung der zentralen Koordinaten deutscher Außenpolitik deutlich. Die Beziehungen zu den früheren sogenannten „Siegermächten“ des Zweiten Weltkrieges, die bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht nur formale Rechte in Bezug auf „Deutschland als Ganzes“ hatten, sondern auch als Verbündete (im Falle der USA, Frankreichs und Großbritanniens) beziehungsweise als potenzieller Gegner (im Falle der Sowjetunion) das Außenverhalten der früheren Bundesrepublik wesentlich prägten, markieren diese Verschiebungen besonders eindrücklich. Die deutsche Vereinigung, die Beendigung des „Ost-West-Konflikts“, die Auflösung des Warschauer Paktes und die sukzessive Erweiterung der EU um die mittelosteuropäischen Staaten bis 2004 haben dem vereinigten Deutschland nicht nur ein historisch einmaliges Maß an Sicherheit gewährt, sondern auch frühere Abhängigkeiten deutlich reduziert bzw. ins Gegenteil verkehrt. Dazu hat sicherlich auch

---

<sup>5</sup> Vgl. Kohl, Helmut: Fernsehansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich des Inkrafttretens des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1.7.1990, <http://helmut-kohl.kas.de/index.php?msg=555>, Stand: 15.4.2012.

<sup>6</sup> Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994; vgl. auch Baumann, Rainer: Deutschland als Europas Zentralmacht, in: Handbuch zur deutschen Außenpolitik, hrsg. von Siegmund Schmidt, Gunther Hellmann und Reinhard Wolf, Wiesbaden 2007, S. 62-72.

<sup>7</sup> Schwarz, Hans-Peter: Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik, Berlin 2005.

beigetragen, dass diese und andere weltpolitische Veränderungen die Prioritätensetzungen der genannten Staaten verschoben.

Bei den USA ist dies am auffälligsten, denn aufgrund des nach wie vor bestehenden globalen Gestaltungsanspruchs meinen sich die Entscheidungsträger in Washington auf eine Verschiebung der weltpolitischen Gewichte einstellen zu müssen. Asien im Allgemeinen und China im Besonderen nehmen dabei zunehmend jenen Platz ein, den früher Europa und die Sowjetunion (und damit auch Deutschland) im weltpolitischen Kalkül der USA eingenommen haben. Für Deutschland sind die USA zwar weiterhin ein wichtiger Partner, aber dem abnehmenden Interesse der USA an Europa entspricht auch ein abnehmendes Interesse Deutschlands an den USA, weil sich nicht nur die Abhängigkeit von der US-amerikanischen Unterstützung deutscher Sicherheit abgeschwächt hat, sondern angesichts der stärker globalen Ausrichtung deutscher bzw. EUropäischer Außenpolitik auch zunehmend Interessenunterschiede stärker in den Blick rücken. Als Rückversicherung gegenüber sicherheitspolitischen (Rest-) Risiken durch Russland bzw. neue Risiken (wie etwa ein nukleares Iran) ist der durch die USA gewährte Schutzschild im NATO-Bündnis zwar nach wie vor geschätzt, aber da sich realistische Bedrohungsszenarien, die die Überlebensinteressen Deutschlands unmittelbar betreffen, derzeit kaum zeichnen lassen, hat sich der Stellenwert der USA für das vereinigte Deutschland merklich reduziert.

Der Stellenwert Russlands in der deutschen Außenpolitik hat sich demgegenüber eher verschoben als verringert. Die früher dominante Wahrnehmung der Sowjetunion als zentrale Bedrohung (west-)deutscher Sicherheit ist ersetzt worden durch ein Kooperations- und Rivalitätsverhältnis zwischen Partnern, die unterschiedliche Stärken einbringen. Russland zählt schon alleine aufgrund seines Nuklearstatus nach wie vor zu den Großmächten, auch wenn es ökonomisch sehr einseitig von seinem Energiereichtum zehrt. Umgekehrt ist Deutschland für Russland der wichtigste Handelspartner in Europa und immer mehr auch das politische Schwergewicht in einer für Moskau zunehmend wichtiger werdenden EU.

Im Vergleich zu den die frühere bundesrepublikanische Außenpolitik dominierenden „Supermächten“ USA und Sowjetunion haben sich damit zwei Grundkoordinaten gravierend verschoben. Bestand ein früherer Imperativ der westlichen Staatengemeinschaft – wie es in einem berühmten Spruch des früheren NATO-Generalsekretärs Lord Ismay hieß – darin, die Amerikaner in Europa, die Sowjets „draußen“ und die Deutschen unter der Kontrolle aller zu halten, so findet sich Deutschland heute in der starken Position, nicht nur nicht mehr „kontrolliert“ zu werden, sondern seinerseits EUropäische Positionen gegenüber beiden wesentlich mitbestimmen zu können. Daraus ergibt sich zwar noch keine Politik der „Äquidistanz“ zu den USA und Russland. Allerdings haben sich mit den machtpolitischen Realitäten auch die Interessensbalancen verschoben. Da die USA weniger an Europa interessiert sind als früher und die sicherheitspolitische Ab-

hängigkeit Deutschlands reduziert wurde, gleichzeitig aber auch die geopolitische Bedeutung Deutschlands aus russischer Perspektive gewachsen ist, die sicherheitspolitische Bedrohung wesentlich verringert und die wirtschaftliche Zusammenarbeit deutlich intensiviert wurde, befindet sich Deutschland in einer anderen Situation.

Diese gewachsene Macht zeigt sich in erweiterter Form auch im Verhältnis zu den beiden EU-Partnern Frankreich und Großbritannien. Frankreich sieht sich zunehmend als der (vom früheren französischen Präsidenten Mitterrand bereits 1990 erwartete) große machtpolitische Verlierer der europäischen Umwälzungen, der die Minimalrolle des machtpolitisch gleichwertigen Partners in einem EU-„Tandem“ mit Deutschland immer weniger spielen kann. Im Kontext der europäischen Staatsschuldenkrise seit 2010 ist der schwindende Einfluss Frankreichs von den französischen Eliten immer stärker als Prestigeverlust im Vergleich zu Deutschland empfunden worden. Dies bedeutet zwar nicht, dass die Bundesregierung Frankreich bewusst übergeht oder schneidet, aber gerade vor dem Hintergrund starker Divergenzen in den Grundüberzeugungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie massiver innenpolitischer Restriktionen in Deutschland gelingt es Frankreich immer seltener, seine Präferenzen durchzusetzen.

Im Falle Großbritanniens fällt die Machtverschiebung zugunsten Deutschlands weniger stark ins Gewicht, weil die Briten aus innenpolitischen Gründen auf Distanz zu weiteren Integrationsbestrebungen in der EU gehen und sich damit auch von Abhängigkeiten gegenüber Deutschland frei machen wollen. Dies führt (wie im Kontext der Aushandlung des sog. „Fiskalpaktes“ Anfang 2012 deutlich wurde) umgekehrt aber auch dazu, dass sich die deutsche Kompromissbereitschaft gegenüber britischen Präferenzen abgeschwächt hat und Großbritannien EUropapolitisch damit zunehmend marginalisiert wird. Das wachsende wechselseitige Desinteresse könnte allerdings die nicht-intendierte Folge zeitigen, dass Deutschlands Macht auf dem europäischen Kontinent umso deutlicher hervortritt, weil ein gewichtiger potenzieller Gegenspieler immer häufiger außen vor bleibt, wenn weitreichende Entscheidungen in der EU getroffen werden.

3. Spiegelbildlich zur Verschiebung der traditionellen Koordinaten mit den vier „Siegermächten“ entwickelt sich die Neupositionierung Deutschlands in einem globalen Konzert von sogenannten „Gestaltungsmächten“. Für die Ausgestaltung der Beziehungen zu diesen Staaten hat die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel Anfang 2012 ein eigenes, aufwändig erstelltes „Gestaltungsmächte“-Konzept veröffentlicht. Darin wird erstmals ein erweiterter weltpolitischer Horizont deutscher Außenpolitik aufgespannt. Als „Gestaltungsmächte“ gelten jene Staaten, „mit denen Deutschland nicht schon im Rahmen der Europäischen Union (EU), der G-8 oder der Nordatlantischen Allianz (NATO) zusammenarbeitet“ und die sich „durch Gestaltungsfähigkeit und Gestaltungswillen in regionen

und internationalen Zusammenhängen“ auszeichnen.<sup>8</sup> Indirekt wird unter der begrifflichen Innovation der „Gestaltungsmacht“ eine durchaus heterogene Gruppe von Staaten zusammengefasst, die man früher als „Mittelmächte“, „Großmächte“ oder gar „Weltmächte“ bezeichnete. Keiner dieser Begriffe findet sich jedoch in diesem Konzeptpapier – was schon alleine deshalb naheliegt, weil nicht nur die im deutschen außenpolitischen Diskurs eingespielte Vermeidung der negativen Konnotationen des Machtbegriffs mit der über den Gestaltungs-begriff positiv aufgeladenen Neuschöpfung fortgesetzt, sondern auch eine unaufdringliche und historische Analogien vermeidende Selbstbeschreibung Deutschlands im selben Vokabular vorgenommen werden kann.<sup>9</sup> Damit wird indirekt aber auch die Bedeutung der klassischen institutionellen Bezugsfelder (der EU und, mehr noch, der NATO) relativiert. Beiden wird zwar der abzuleistende Tribut gezollt<sup>10</sup>, aber der neue Gestaltungshorizont deutscher Außenpolitik weist über eine bloße „Einbindung“ in diese institutionellen Kontexte mittlerweile deutlich hinaus.

In der Summe dieser Veränderungen findet sich Deutschland damit zunehmend in der Position jener „großen Macht in Europa“, der der frühere Bundeskanzler Schröder schon in seiner Regierungszeit das Recht zugestanden wissen wollte, seine „nationalen Interessen“ „genauso“ durch-

<sup>8</sup> Auswärtiges Amt: Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung, Berlin 2012, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/608384/publicationFile/165762/Gestaltungsmaechtekonzept.pdf>, Stand: 14.3.2012, S. 5.

<sup>9</sup> Zur Bedeutung des Machtbegriffs im außenpolitischen Vokabular Deutschlands vgl. Stark Urrestarazu, Ursula: Macht, in: Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik. Eine Analyse des außenpolitischen Vokabulars seit Mitte der 1980er-Jahre, hrsg. von Gunther Hellmann, Christian Weber und Frank Sauer, Wiesbaden 2008, S. 106-113; Hellmann, Gunther / Weber, Christian / Sauer, Frank (Hrsg.): Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik. Eine Analyse des außenpolitischen Vokabulars seit Mitte der 1980er-Jahre, Wiesbaden 2008, S. 192-194. Besonders aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die wichtigsten Umschreibungen dessen, was „Gestaltungsmächte“ nach Auffassung der Bundesregierung auszeichnet. Im ersten Absatz des Konzeptpapiers heißt es hier u. a., dass es sich um „einflussreiche Länder“ handele, die „internationale Politik in einer interdependenten Welt“ gestalten, „wirtschaftliche Lokomotiven“ sind, „die Zusammenarbeit in ihren Regionen“ „maßgeblich beeinflussen“, darüber hinaus „auch in anderen Weltregionen wirken“ und „in internationalen Entscheidungsprozessen eine zunehmend wichtige Rolle“ spielen. „Selbstbewusst finden sie ihren Platz in den internationalen Beziehungen und übernehmen zunehmend Verantwortung für globale Fragen. ... Sie sind ‚neue Gestaltungsmächte‘“. Auswärtiges Amt: Globalisierung gestalten, S. 5; auch wenn das Konzeptpapier der Bundesregierung jede Formulierung vermeidet, die Deutschland explizit in genau dieser Kategorie von „Mächten“ verortet, ist die Unterstellung einer solchen indirekten Selbstverortung nicht nur deshalb naheliegend, weil die zitierten Umschreibungen im außenpolitischen Diskurs häufig auch zur Charakterisierung Deutschlands verwendet werden, sondern auch deshalb, weil diese Zuordnung Deutschlands zur Kategorie der „Gestaltungsmächte“ bereits kurz nach Veröffentlichung des Konzepts im wissenschaftlichen Diskurs aufgegriffen wurde. Vgl. Sand-schneider, Eberhard: Deutschland – Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 10/2012, S. 3-9.

<sup>10</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Globalisierung gestalten, S. 6-9 sowie S. 15.

zusetzen „wie die anderen das auch machen“.<sup>11</sup> Klärungsbedürftig bleibt allerdings, worin solche „nationalen Interessen“ im Einzelnen bestehen und was es konkret bedeutet, „außenpolitisch erwachsen“ zu handeln – eine andere Formulierung, die im Vokabular von Gerhard Schröder häufig auftauchte.<sup>12</sup> Allenthalben ist nämlich in jüngster Zeit davon die Rede, dass Deutschland eine „Führungsrolle“ zuwachse.<sup>13</sup> In den meisten Beschreibungen einer solchen Rolle geht es aber gerade um das Gegenteil dessen, was im üblichen Sprachgebrauch mit der Durchsetzung „nationaler Interessen“ gemeint ist. Die Appelle von außen richten sich vielmehr darauf, dass Deutschland Führung dadurch zum Ausdruck bringen solle, andere nicht zu „bevormunden“,<sup>14</sup> sondern „Verantwortung“ etwa dergestalt zu übernehmen, dass es im Kontext der Europäischen Staatsschuldenkrise hilft, „Reformen durchzusetzen“, wie der luxemburgische Außenminister Asselborn in einem Interview formulierte. Allerdings fügte er sogleich hinzu, dass dies „im Rahmen der Methode Jean Monnets, also der Gemeinschaftsmethode“ geschehen müsse.<sup>15</sup> Kurzum: Gewachsenes deutsches Machtbewusstsein trifft in einer neuartigen Krisensituation in der EU auf Erwartungshaltungen von außen, die Führung gerade nicht mit der „Durchsetzung nationaler Interessen“, sondern mit der Fähigkeit zur Vermittlung zwischen konkurrierenden Interessen und deutscher Kompromissbereitschaft assoziieren.

4. Inwieweit sich dies allerdings mit innenpolitischen Erwartungen versöhnen lässt, ist eine offene Frage. Denn die Verschiebung der innereuropäischen Machtbalance zugunsten Deutschlands spiegelt sich nicht nur in einem neuen außenpolitischen „Selbstbewusstsein“ der außenpolitischen Eliten. Es zeigt sich auch in einer breiten deutschen Öffentlichkeit. Im Vergleich zu den 1990er-Jahren zeigen beispielsweise Umfragen, dass die wichtigsten Assoziationen, die gemeinhin mit dem Selbstbewusstsein einer „Berliner Republik“ verbunden werden, seit Ende der 1990er-Jahre teils merklich an Bedeutung gewonnen haben. Dies gilt für „Ansehen“ (1998: 39 %, 2007: 50 %), „Größe“ (37/48), „Macht“ (42/47) und „Na-

<sup>11</sup> Das erste Zitat stammt aus einem Namensbeitrag von Bundeskanzler Schröder, Gerhard: Eine Außenpolitik des „Dritten Weges“?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7-8/1999, S. 392-396, hier S. 394; das zweite aus einer Rede Schröders auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8.12.1998 in Saarbrücken: Schröder, Gerhard: Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz der SPD zur Europawahl 1999 am 8.12.1998 in Saarbrücken, [http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208\\_896.html](http://www.spd.de/archiv/europa/Eur19981208_896.html), Stand: 8.8.2000.

<sup>12</sup> Schröder, Gerhard: Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder im TV-Sender 3-sat am 3.4.2003, [http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=6090&link=bpa\\_notiz\\_druck&global.printview=2&link.docs=477885](http://www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global.naviknoten=6090&link=bpa_notiz_druck&global.printview=2&link.docs=477885), Stand: 6.8.2003.

<sup>13</sup> Vgl. u. a. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Deutschland – Europas einzige Führungsmacht?, in: Aus Politik und Zeitgeschehen 10/2012, S. 16-22; dort auch weitere Verweise.

<sup>14</sup> Rachman, Gideon: Anwalt der Globalisierung. Wenn Deutschland führen will, muss es Werte stärker vertreten, in: Internationale Politik 3/2012, S. 14-20, hier S. 14.

<sup>15</sup> Möller, Almut / Tempel, Sylke: Interview mit den Außenministern Polens und Luxemburgs, Radosław Sikorski und Jean Asselborn, in: Internationale Politik 3/2012, S. 8-13, hier S. 10.

tionalbewusstsein“ (41/43).<sup>16</sup> Noch deutlicher wird dieses gewachsene Selbstbewusstsein darin ersichtlich, dass von 27 positiven Merkmalen, die „Deutschland“ in einer Umfrage vom Februar 2009 zugeschrieben werden konnten, nur drei schwächer bewertet wurden als 2002. Die Aussage, dass Deutschland „selbstbewusst im Umgang mit anderen Ländern“ agiere, erlangte dabei eine Zustimmung von 59 % (im Vergleich zu 48 % in 2002) und damit den dritthöchsten Zuwachs.<sup>17</sup> Dies deckt sich mit wachsender Zustimmung auf die Frage, ob „man heute Nationalstolz haben“ sollte oder ob das „unwichtig“ sei. Hielten 1993 noch 54 % den Deutschen Nationalstolz für wichtig, so waren es 2006 bereits 73 %.<sup>18</sup> Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Stolz und Selbstbewusstsein in zunehmendem Maße einhergehen mit der Wahrnehmung, Gutes für andere zu tun. Dass Deutschland „die europäische Einigung voranbringt“ meinten 2002 wie 2009 62 % der Deutschen. Im selben Zeitraum erhöhte sich sogar die Zahl derjenigen, die denken, dass Deutschland „ausgleichend wirkt“ bzw. „häufig bei internationalen Konflikten vermittelt“ von 59 auf 66 %.<sup>19</sup> Ergänzt wird dieses neue Selbstbewusstsein zudem durch die Einschätzung, dass das deutlich positiv gewandelte Selbstbild zunehmend auch vom Rest der Welt geteilt wird. Glaubten 1991 lediglich 39 % der Deutschen, dass sie „in der Welt beliebt“ seien, so waren es im Februar 2009 bereits 56 % (45 % meinten 1991 noch, die Deutschen seien „unbeliebt“; 2009 dachten dies nur noch 21 %).<sup>20</sup> Stellt man dabei zusätzlich in Rechnung, dass sich diese Einschätzung mit den Ergebnissen einer BBC-Umfrage von 2011 deckt, der zufolge Deutschlands Einfluss im Vergleich von 28 Ländern weltweit die positivsten Wertungen erhielt, dann dürfte davon auszugehen sein, dass dieser Trend auf absehbare Zeit anhält und dem deutschen Selbstbewusstsein gewiss nicht abträglich ist.<sup>21</sup>

5. Der von den Eliten forcierte (und von der deutschen Öffentlichkeit zumindest geduldete) gewachsene außenpolitische Gestaltungsanspruch wirft allerdings ein grelles Licht auf die Kluft zwischen Anspruch einerseits und verfügbaren bzw. zur Verfügung gestellten Mitteln andererseits. So

<sup>16</sup> In zwei Umfragen aus den Jahren 1998 und 2007 stellte das Institut für Demoskopie Allensbach die folgende Frage: „Wenn man das Wort ‚Berliner Republik‘ hört, kann einem ja alles Mögliche dazu einfallen. Ich möchte Ihnen jetzt einiges vorlesen, was einem in den Sinn kommen könnte, und Sie sagen mir bitte immer, ob Sie bei ‚Berliner Republik‘ daran denken. Würden Sie zum Beispiel denken an ...“. Institut für Demoskopie Allensbach: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 10, Berlin 2010.

<sup>17</sup> Institut für Demoskopie Allensbach: Allensbacher Jahrbuch, S. 33.

<sup>18</sup> Ebd., S. 92.

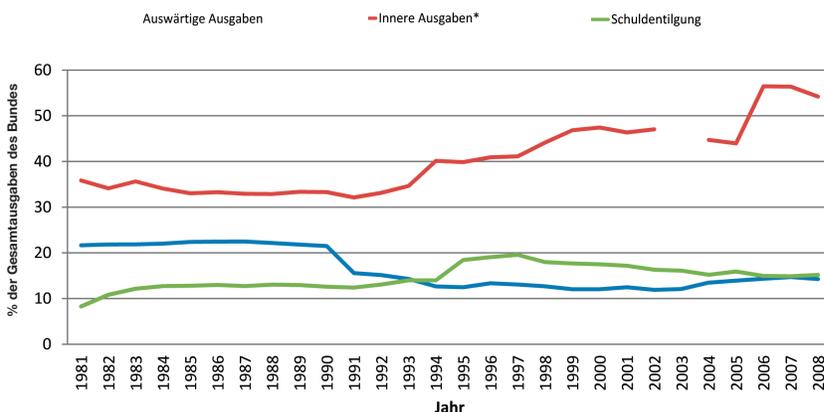
<sup>19</sup> Ebd., S. 33.

<sup>20</sup> Ebd., S. 35.

<sup>21</sup> BBC World Service: Views of US Continue to Improve in 2011. BBC Country Rating Poll, 7.3.2011, [http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/mar11/BBCevalsUS\\_Mar11\\_rpt.pdf](http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/mar11/BBCevalsUS_Mar11_rpt.pdf), Stand: 17.4.2012, S. 26.

ist es seit 1990 zu einer signifikanten Umverteilung zwischen innenpolitischen und außenpolitischen Ausgaben zu Lasten Letzterer gekommen.

Abbildung 1: Ausgaben für auswärtige Politik sowie ausgewählte Felder der Innenpolitik im Vergleich, 1981-2008



\* Die Linie „Auswärtige Ausgaben“ bündelt die Einzelpläne der Bundesministerien für Verteidigung, Entwicklung und Zusammenarbeit und Auswärtiges. Die Linie „Innerstaatliche Ausgaben“ bündelt die Einzelpläne der Ministerien Arbeit und Soziales, Inneres und Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Für 2003 wurden keine Angaben gemacht, da die Ausgaben des Ressorts Arbeit und Soziales nicht verfügbar waren. In 2004 und 2005 kam es auf Grund veränderter Ressortzuschnitte zu einer anderen Zusammensetzung der „Innerstaatlichen Ausgaben“. Am übergreifenden Trend ändert dies jedoch nichts.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes<sup>22</sup>

Zusammen mit der zunehmend verbreiteten Auffassung, dass für alle Variationen sogenannter „Scheckbuchdiplomatie“ kein Geld mehr da sei, lief diese veränderte Rahmenbedingung lange Zeit darauf hinaus, Einsparungen dort zu mobilisieren, wo dies ohne Rückwirkungen auf übergeordnete Ziele möglich war. Zum einen führte dies nach 1990 zu beträchtlichen Einschnitten im Verteidigungshaushalt, dessen Anteil am Bundshaushalt sich von 18 % in 1990 bis 2002 auf 9,5 % fast halbierte – eine Tendenz, die sich erst nach 2003 leicht umkehrte. Trotzdem lag der Anteil des Ver-

<sup>22</sup> Die Daten entstammen dem jeweiligen Bundshaushalt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Für die Zusammenstellung dieser Daten dankt der Verfasser Frank Sauer und Christine Andrä. Die Originaldaten und detaillierten Berechnungen sind verfügbar unter Sauer, Frank / Andrä, Christine: Daten zu den Ausgaben des Bundes für die Außenpolitik Deutschlands sowie ausgewählte Felder der Innenpolitik im Zeitraum 1981-2008, 2010, [http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/Tüb\\_2010\\_www.pdf](http://www.soz.uni-frankfurt.de/hellmann/mat/Tüb_2010_www.pdf), Stand: 15.4.2011.

teidigungsministeriums am Gesamthaushalt des vereinigten Deutschland im Jahr 2008 mit knapp 11 % deutlich niedriger als die früheren Ausgaben des westdeutschen Teilstaates. Da diese Ausgaben das Gros der Gesamtausgaben für auswärtige Angelegenheiten insgesamt (d. h. der Summe der Ausgaben des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums der Verteidigung sowie des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit) ausmachten, war eine Reduzierung der Mittel für auswärtige Angelegenheiten just zu dem Zeitpunkt zu beobachten, als der globale Gestaltungsanspruch deutscher Außenpolitik deutlicher artikuliert wurde. Zum anderen verstärkte sich der Ruf nach einer Umverteilung in der EU, die „die materiellen Ressourcen eines Nettozahlers wie Deutschland nicht über Gebühr“ beanspruchen dürfe.<sup>23</sup>

Wie massiv der Einbruch der Gesamtausgaben für die Außenpolitik ausfällt, wird allerdings erst deutlich, wenn man sich die Veränderungen der Anteile der drei Ministerien im Bereich der Außenpolitik (d. h. des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums der Verteidigung sowie des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit) an den Ausgaben des Bundes insgesamt ansieht und sie mit drei Ministerien vergleicht, die primär innenpolitische Aufgaben haben. In dieser Perspektive hat sich der Anteil der drei Ministerien mit internationalen Aufgaben von einem gemeinsamen Anteil, der im Jahr 1990 noch bei etwa 21,5 % lag, auf einen Wert von knapp über 12 % im Jahr 2002 fast halbiert. Im Jahr 2008 lag dieser Anteil bei 14,3 %. Umgekehrt hat sich der prozentuale Anteil dreier ausgewählter Ministerien mit innerstaatlichen Aufgaben – dem Ministerium für Arbeit und Soziales, dem Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Ministerium des Innern – im selben Zeitraum deutlich erhöht. Allein das Ministerium für Arbeit und Soziales konnte seinen Anteil am Bundeshaushalt zwischen 1990 und 2008 von knapp 23 % auf knapp 44 % nahezu verdoppeln (siehe Abb. 1).

Da der Staatshaushalt einer der besten Indikatoren dafür ist, welche Prioritäten eine Gesellschaft setzt und wie sie die Gewichte zwischen innerstaatlichen und internationalen Aufgaben verteilt, unterstreichen diese Zahlen nicht nur, dass der Sozialstaat seit jeher Vorrang hat, sondern seit der Vereinigung sogar noch an Bedeutung gewonnen hat. Angesichts chronisch den Ausgaben hinterherhinkender Steuereinnahmen, anhaltend hoher Schuldenlast, erheblich gewachsener finanzieller Risiken im Kontext der europäischen Staatsschuldenkrise und – selbst nach den Strukturreformen – beständig hoher Sozialausgaben einerseits und einer geringen Bereitschaft der Deutschen andererseits, in internationalen Krisensituationen (einschließlich der Eurokrise) wie früher mit dem „Scheckbuch“ bereit zu stehen, liegt hier eine wesentliche Quelle für fortdauernde bzw. sich verschärfende Konflikte mit den Partnern.

<sup>23</sup> Schröder, Gerhard: Interview mit Thomas Roth und Thomas Baumann in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“, 9.8.2002, <http://www.bundeskanzler.de/Interviews.7716.428321/Interview>, Stand: 15.8.2002.

Zusammengenommen ist die Lage deutscher Außenpolitik im Frühjahr 2012 also gekennzeichnet durch ein historisch einzigartiges Maß an (militärischer) Sicherheit, unübersehbaren Macht- und Interessensverschiebungen im Verhältnis zu den wichtigsten Partnern und Verbündeten sowie gesteigertem Selbstbewusstsein einerseits und völlig neuartigen Krisenerscheinungen im unmittelbaren äußeren Umfeld andererseits. Prekär ist diese Lage vor allem deshalb, weil beträchtliche Erwartungen an Deutschland gerichtet werden, die nicht nur auf ein gewachsenes Macht- und Selbstbewusstsein im Allgemeinen, sondern in einigen Feldern (wie etwa der Frage nach alternativen Strategien im Umgang mit den unterschiedlichen Dimensionen der EUropäischen Krise) auch auf tiefsitzende Überzeugungen treffen, die im Widerspruch zu den Überzeugungen wichtiger Partner stehen.

Die US-amerikanische Deutschlandexpertin Beverly Crawford hat dieses Spannungsfeld und die damit einhergehende Positionierung Deutschlands in Europa schon Mitte des letzten Jahrzehnts mit dem zugespitzten Begriff der „embedded hegemony“ umschrieben: Deutschland habe erneut den „Status einer Großmacht und eines regionalen Hegemons“ erlangt<sup>24</sup> – allerdings einer Großmacht, die in europäische institutionelle Zusammenhänge eingebettet sei. Die Wirksamkeit dieser Einbettung sei allerdings nicht nur von der Bindungskraft der institutionellen Strukturen abhängig, sondern auch von der Macht und ökonomischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Unabhängig davon, ob man Crawfords traditionelle Begriffswahl (Großmacht, Hegemonie) nun teilen mag oder nicht – ihre empirisch unterfütterte Analyse und ihre Beschreibung grundlegender Triebfedern deutscher Außenpolitik im europäischen Umfeld sollten nicht leichtfertig von der Hand gewiesen werden.

### 3. Die Perspektiven

Betrachtet man vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage die Perspektiven deutscher Außenpolitik im Hinblick auf Risiken und Chancen sticht derzeit (Frühjahr 2012) die Stabilisierung der EU als unverzichtbare Voraussetzung erträglicher deutscher Macht hervor. Richtig ist sicher, dass sich Deutschland und seine außenpolitische Elite immer noch als europäische Nation verstehen – d. h. als Land, das in der Mitte Europas und, mehr noch, in der Mitte der EU liegt, in dessen Strukturen eingebettet ist und vom Erfolg dieses Projektes wesentlich abhängt. So ist es nicht verwunderlich, dass Kanzlerin Merkel im Lichte der Ereignisse rund um die Eurokrise die finanz- und währungspolitische Stabilität zur ersten Priorität erklärt hat. Wie früher wird es in der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise ganz wesentlich darauf ankommen, dass es Deutschland und Frankreich gelingt, gemeinsame Positionen zu formulieren. Dies ist zwar

<sup>24</sup> Crawford, Beverly: *Power and German Foreign Policy. Embedded Hegemony in Europe*, Basingstoke: Palgrave, 2007, S. 174-175

noch weniger als früher eine hinreichende, in jedem Fall aber eine notwendige Erfolgsbedingung. Ob dies jedoch unter dem neuen französischen Präsidenten Hollande der Fall sein wird, bleibt vor dem Hintergrund seines Wahlprogramms vorerst abzuwarten. Denn diese Ankündigungen werden, sollten sie zu offiziellen politischen Forderungen Frankreichs werden, nahezu unausweichlich zu Konflikten mit Deutschland führen. Da sich die politische Lage im wirtschaftlich am stärksten getroffenen Griechenland nach den Wahlen Anfang Mai 2012 eher zuzuspitzen scheint, sieht sich die Bundesregierung zunehmend einer EU-Staatenkoalition gegenüber, die die deutsche Krisenpolitik grundsätzlich in Frage stellt.

Andere weltpolitische Entwicklungen verblassen derzeit vor dem Hintergrund der innereuropäischen Krise. Dies gilt nicht nur für die traditionelle Bedeutung, die die USA und Russland für Deutschland hatten, sondern auch für die Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens sowie die globalen Herausforderungen, die sich im Kontext des Aufstiegs neuer „Gestaltungsmächte“ wie China oder Indien ergeben.

Erhellend ist in diesem Zusammenhang ein vergleichender Blick auf die Zukunftserwartungen von Außenpolitikexperten, mit dem ich schließen will. Einer Reihe von Experten wurde im Jahr 2004 und erneut im Herbst 2011 ein identischer Katalog vorgelegt, auf dem sie ankreuzen sollten, für wie wahrscheinlich oder unwahrscheinlich sie gewisse „Einschätzungen zur Welt des Jahres 2020“ hielten (siehe Tab. 1). Bemerkenswert war, dass immerhin ein gutes Drittel in 2011 davon ausging, dass die EU in den nächsten Jahren sukzessive „auf den Status einer Freihandelszone mit wenigen supranationalen Einsprengseln zurückfallen“ wird (vgl. Frage 12 aber auch Frage 2 in Tab. 1). Ähnliche Unterstützung fand die Aussage, dass im Jahr 2020 „Frankreich für Deutschland auf den Status eines ‚normalen‘ (d. h. unumgänglichen, aber nicht besonders ‚geliebten‘) Kooperationspartners“ gesunken sein wird (vgl. Frage 10). Nun neigen sicherlich auch Experten dazu, gegenwärtige Entwicklungen zu extrapolieren, statt mit markanten Brüchen zu rechnen. Die historische Erfahrung zeigt jedoch, dass es immer wieder zu solchen dramatischen Umbrüchen kam. Insofern jedoch Erwartungen auch handlungsleitende Funktion haben und die erfragten Einschätzungen (trotz ihres nicht-repräsentativen Charakters) nicht allzu sehr von einem imaginären sample der außenpolitischen Elite abweicht, ergeben sich daraus interessante Rückschlüsse hinsichtlich möglicher zukünftiger Entwicklungen deutscher Außenpolitik. Analog zu der o. a. Einschätzung zählt dazu unter anderem, dass weder Russland noch die USA eine ähnliche Bedeutung wiedererlangen werden, die die früheren „Supermächte“ für die alte Bundesrepublik hatten (vgl. Fragen 1 und 14). Demgegenüber erscheint diesen Experten aber auch der machtpolitische Aufstieg Chinas genauso unaufhaltsam wie eine Rivalität Chinas mit den USA unausweichlich. Welche Folgen sich daraus für Deutschlands Rolle in Europa und der Welt ergeben könnten, wurde zwar nicht unmittelbar abgefragt, vor dem Hintergrund einer (relativen) Zuver-

sicht, dass sich die derzeitigen Krisenerscheinungen in der EU mittel- und langfristig stabilisieren lassen, lässt sich aber vermuten, dass die meisten Experten implizit zumindest von einer Stabilisierung der deutschen Machtposition in der EU ausgehen.

Tabelle 1: Einschätzungen zur Welt des Jahres 2020<sup>25</sup>

Im Jahr 2020 ....	Sehr wahrscheinlich	Eher wahrscheinlich	Eher unwahrscheinlich	Sehr unwahrscheinlich
(1) ... wird Russland der wichtigste strategische Partner der EU in der globalen Mächtekonstellation sein.	0/3	12/17	47/73	41/7
(2) ... wird das „Weimarer Dreieck“ (P-D-F) den harten Kern einer zunehmend lockeren Union mit nach außen abnehmender Integrationsdichte bilden.	6/6	6/10	53/77	29/13
(3) ... wird es mindestens einen katastrophalen Terroranschlag (z. B. nuklear oder bakteriologisch) gegeben haben.	0/37	29/47	59/13	6/3
(4) ... wird Deutschland einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat innehaben.	0/17	12/43	18/23	71/17
(5) ... wird die NATO als globale Kooperationsgemeinschaft „westlicher“ Demokratien den weltpolitisch wichtigsten Ordnungsfaktor darstellen.	12/7	24/67	47/23	18/3
(6) ... werden NGOs und transnationale gesellschaftliche Vernetzungen den Nationalstaat deutlich geschwächt haben.	0/3	18/47	59/43	24/7
(7) ... wird China als wichtigster globaler Herausforderer der USA fest etabliert sein.	53/33	41/47	6/20	0/0

<sup>25</sup> Angaben zur Auswertung in Prozent. Der Katalog von Aussagen wurde vom Autor entwickelt. Die jeweils erste Zahl spiegelt Ergebnisse einer Umfrage unter außenpolitischen Experten, die am 24.11.2011 an einer Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung teilnahmen (N = 17); die zweite Zahl gibt die Antworten einer im Wortlaut identischen Umfrage aus dem Jahr 2004 wieder (N = 30), die ebenfalls im Rahmen einer Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung unter außenpolitischen Experten durchgeführt wurde.

(8) ... wird der Globus in einem modernen Äquivalent des „30-jährigen Krieges“ versunken sein.	0/3	6/7	41/60	53/30
(9) ... werden rechtsextreme Parteien(-bündnisse) genauso zum festen Bestandteil des Bundestages gehören wie heute die „Grünen“.	0/7	0/13	47/63	53/17
(10) ... wird Frankreich für Deutschland auf den Status eines „normalen“ (d. h. unumgänglichen, aber nicht besonders „geliebten“) Kooperationspartners (wie z.B. heute die USA) gesunken sein.	0/10	35/43	53/37	12/10
(11) ... wird die CSU in einer schwarz-grünen Koalition den Außenminister stellen.	12/0	29/13	24/60	35/27
(12) ... wird die EU auf den Status einer Freihandelszone mit einigen wenigen supranationalen Einsprengseln zurückgefallen sein.	0/10	35/43	53/40	12/7
(13) ... wird der Raum des Nahen und Mittleren Ostens im Vergleich zur Gegenwart (2011) weltpolitisch weit weniger relevant sein.	18/0	12/33	47/37	18/30
(14) ... werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen wieder die Qualität der frühen 1990er-Jahre erreicht haben und Berlin und Washington als „Partner in der Führung“ des transatlantischen Raumes fungieren.	6/0	29/27	47/53	18/20
(15) ... wird Berlin der Sitz einer europäischen Regierung sein. <sup>26</sup>	0/0	0/0	18/20	82/80

Das Europa der EU ist damit nach wie vor das mit Abstand wichtigste Feld, in dem sich Erfolg oder Scheitern deutscher Außenpolitik zeigen wird. Die Anhänger früherer „Bonner“ Außenpolitik mögen vor dem Hintergrund

<sup>26</sup> In einer EMNID-Umfrage zur zukünftigen Rolle Berlins von Ende 1999 antworteten 34 % der Deutschen, dass Berlin „Sitz einer europäischen Regierung“ sein werde; vgl. Presseerklärung des Landes Berlin 2000.

einer zunehmenden Kritik an einer allzu dominanten Stellung Deutschlands in der EU („Europa spricht deutsch“) auf die eine oder andere Handlungsmaxime aus dem außenpolitischen Erfolgsrepertoire der „Bonner Republik“ verweisen. Sie werden allerdings nicht abstreiten können, wie sehr sich das vereinigte Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten verändert hat. Dem gewachsenen Machtanspruch und den Interessen, wie sie in Berlin formuliert werden, entsprechen allerdings auch Erwartungen im Umfeld Deutschlands, die eine Flucht vor dem, was allenthalben als deutsche „Führungsrolle“ bezeichnet wird, kaum möglich erscheinen lassen. Eine solche Flucht droht allerdings auch nicht. Unklar bleibt jedoch, wie die politische Klasse Berlins die zunehmenden Spannungen zwischen gesellschaftlichen Stimmungen und Präferenzen im Innern einerseits und den Erwartungen, die von den EU-Partnern an Deutschland herangetragen werden andererseits, auflösen wird. An diesen Antworten – und nicht daran, wie viel Deutsch in Europa gesprochen wird – wird sich ablesen lassen, ob bzw. wie sich deutsche Führung EUropaverträglich praktizieren lässt.



# Berichte & Studien

## 95

 Hanns  
Seidel  
Stiftung

Akademie für  
Politik und  
Zeitgeschehen

Reinhard Meier-Walser/Alexander Wolf (Hrsg.)

# DIE AUßENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Anspruch, Realität, Perspektiven

# Berichte & Studien 95

Reinhard Meier-Walser / Alexander Wolf (Hrsg.)

## Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Anspruch, Realität, Perspektiven

## Impressum

ISBN	978-3-88795-407-9
Herausgeber	Copyright 2012, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzender	Prof. Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Herausgeber	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser Alexander Wolf, Dipl. sc. pol. Univ.
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	MDV Maristen-Druck & Verlag GmbH, Furth

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

# Inhaltsverzeichnis

<i>Reinhard Meier-Walser / Alexander Wolf</i> Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Kontinuität im Wandel? Eine Einführung .....	5
<i>Helga Haftendorn</i> Maximen deutscher Außenpolitik – Von den Regierungen Kohl über Schröder zu Merkel .....	15
<i>Thomas Silberhorn</i> Deutsche Führung? Europäische Verantwortung und internationale Herausforderungen ...	27
<i>Gunther Hellmann</i> Europa spricht deutsch – Die wachsende Macht der Berliner Republik und ihre Tücken .....	41
<i>Wilfried von Bredow</i> Deutschlands außenpolitische Führungskraft – Interne und externe Schwierigkeiten .....	57
<i>Klaus Schubert</i> Orientierungslos zwischen Brüssel, Kabul und Tripolis? Zur öffentlichen Wahrnehmung einiger Aspekte der Berliner Außenpolitik .....	71
<i>Christian Hacke</i> Deutschland in der Weltpolitik: Zivilmacht ohne Zivilcourage? .....	87
<i>Werner Weidenfeld</i> Die neue deutsche Europapolitik .....	101
<i>Michael Stürmer</i> Berlin – Paris: Zwei Träume in einem Bett .....	109
<i>Gisela Müller-Brandeck-Bocquet</i> Deutschland und die Außen- und Sicherheitspolitik der EU .....	119
<i>Hanns Maull</i> Abkehr von vertrauten Pfaden – Wird die deutsche Außenpolitik „normal“? .....	133

*Thomas Jäger*

Die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen  
für die deutsche Außenpolitik ..... 149

*Franz-Josef Meiers*

Zivilmacht als Willensfanatiker –  
Die libysche Deutschstunde ..... 161

*Sven Bernhard Gareis*

Deutschland in den Vereinten Nationen ..... 175

*Herbert Maier*

„Alter Wein in neuen Schläuchen?“  
Zur Neuausrichtung der Bundeswehr ..... 187

*Siegmar Schmidt*

Deutsche Entwicklungspolitik:  
Neubeginn nach einem halben Jahrhundert? ..... 199

*Autorenverzeichnis* ..... 211